

Rede von Herrn Minister Manfred Lucha MdL

anlässlich Veranstaltung „Integration aus einem Guss“ – BAMF

am 05.07.2018
in Stuttgart-Bad Cannstatt

Thema der Rede:

„Integration aus einem Guss – Bund, Länder und Kommunen auf einem gemeinsamen Weg“

1. Botschaft

Integration funktioniert immer dann am besten, wenn sie systematisch geplant, gezielt gesteuert und koordiniert ist: Strukturförderung wichtig.

2. Botschaft

Geflüchtete: Auch hier zentrale Rolle der Kommunen – Pakt für Integration.

3. Botschaft

Beschäftigung, Berufsausbildung, Sprachförderung: Lücken müssen wir gemeinsam schließen.

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Dr. Sommer

(Präsident BAMF),

**sehr geehrter Herr Präsident Walter,
sehr geehrter Herr Abgeordneter Poreski,
sehr geehrte Damen und Herren,**

Irgendwas stimmt in diesen Tagen nicht.

Der Ton der öffentlichen Debatte wird rauer und brutaler, die Sprache verroht immer mehr. Mit Begriffen wie „Anti-Abschiebe-Industrie“, „Asyl-Gehalt“ oder „Asyl-Tourismus“ werden dumpfe Ressentiments bedient.

Von Asylkompromissen ist die Rede, „Transitzentren“ werden an die Wand gemalt und von einem Zerschlagen der Rückkehrhilfe für Flüchtlinge müssen wir in der Zeitung lesen. Nationale Egoisten bringen das vereinte Europa in Gefahr, statt von Vielfalt und Freiheit wird jetzt wieder von Grenzschutz, Mauern und externen Lagern außerhalb der EU gesprochen.

Irgendwas stimmt nicht, irgendwas droht in unserer Gesellschaft ins Rutschen zu geraten. Der Zusammenhalt scheint zu kippen, Vielfalt scheint von mehr und mehr Menschen als Bedrohung wahrgenommen zu werden.

Viele haben Angst, einige werden unsicher, andere ziehen sich zurück, und manche sind davon überzeugt, dass Parteien, die Ängste schüren, spalten und Hass schüren, alles besser hinkriegen.

Das darf nicht sein. Wir alle, Politik, Verbände und Zivilgesellschaft, müssen darauf reagieren.

Und das heißt für mich: Wir müssen zusammenhalten. Zusammenhalten als Gesellschaft. Für den anderen einstehen, achtsam miteinander umgehen, aufeinander aufpassen.

Bund, Länder, Kommunen: Wir alle haben einen gemeinsamen Auftrag zu erfüllen; den Auftrag, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Ob uns das gelingt, entscheidet auch die Frage, wie wir mit Vielfalt umgehen.

Ob wir sie als Bedrohung sehen oder als Chance nutzen. Ob wir sie verneinen oder annehmen. Ob wir Integration fördern oder Ausgrenzung tolerieren.

Nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund, nicht nur Spätaussiedler und auch nicht nur Geflüchtete sind in der Pflicht; wir alle sind es.

Auch wir müssen uns öffnen und sehen, dass es die unterschiedlichen Sichtweisen, Fähigkeiten und Talente sind, die die Stärke unseres Landes ausmachen.

Wir sind eines der führenden Handelsnationen, wir sorgen für Stabilität in Europa und Menschen kommen zu uns, weil sie die Chancen schätzen, die dieses Land bietet.

Es lohnt sich, für diese Vielfalt einzustehen.

Bund, Länder und Kommunen haben hier ganz klar unterschiedliche Aufgaben und Zuständigkeiten. Das macht unser föderales System aus und das ist gut so. Entscheidend ist aber, dass wir alle an einem Strang ziehen; dass wir uns nicht gegeneinander ausspielen, sondern uns abstimmen; dass wir einen gemeinsamen Nenner finden und faire Kompromisse schließen. So dass auch in Sachen Integration alles „aus einem Guss“ kommt.

Die Förderung von kommunalen Strukturen, damit Integration an zentraler Stelle koordiniert wird und gebündelt läuft; die Unterstützung von Geflüchteten in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen, damit diese Menschen hier ganz schnell Fuß fassen; und die Integration in den Arbeitsmarkt und damit zusammenhängend die Förderung der deutschen Sprache: Das steht im Mittelpunkt unserer Integrationspolitik in Baden-Württemberg.

Und das trägt mit dazu bei, dass Baden-Württemberg in Sachen Zusammenhalt ganz ordentlich da steht.

1. Botschaft

Integration funktioniert immer dann am besten, wenn sie systematisch geplant, gezielt gesteuert und koordiniert ist: Strukturförderung in Kommunen wichtig.

Meine Damen und Herren,

Dass Integration vor Ort stattfindet, ist längst bekannt und das wissen wir alle. In der Nachbarschaft und in der Schule, im Büro und in der Firma, im Fußballverein und bei der Feuerwehr kommen die Menschen ins Gespräch, lernen sich kennen und sehen: So anders ist der andere gar nicht.

Kommunen nehmen hier die Schlüsselrolle ein. Es sind die Kommunen, die am besten wissen, wo der Schuh drückt und wie man ihn wieder locker machen kann; die Kommunen, gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern.

In Baden-Württemberg lassen wir unsere Kommunen nicht allein. Vor allem mit unserem Förderprogramm VwV – Integration stehen wir ihnen zur Seite.

Strukturen stehen hier im Mittelpunkt, Integration aus einem Guss ist unser Ziel.

Knapp 1.000 Anträge haben wir seit 2013 bewilligt, insgesamt 35 Millionen Euro haben wir dafür ausgegeben. Mehr Elternbeteiligung, keine Diskriminierung, mehr Teilhabe: Das alles gehört dazu. Doch Herzstück des Programms sind unsere Integrationsbeauftragten. Insgesamt 221 Integrationsbeauftragte haben wir bisher gefördert und sie alle sorgen dafür, dass Integration zentral geplant, gesteuert und koordiniert wird.

Sie sind der zentrale und feste Ansprechpartner der Kommune in Sachen Integration.

Integrationsbeauftragte sorgen dafür, dass alle Akteure an einem Tisch sitzen und Netzwerke entstehen; dass der eine weiß, was der andere tut.

Sie sorgen dafür, dass Projekte nicht doppelt oder dreifach nebeneinander laufen und das Geld auch da fließt, wo es auch was bringt.

Kurz: Sie sorgen dafür, dass Integration in der Kommune aus einem Guss kommt.

Das Programm entwickeln wir jetzt weiter und wir wollen hier unsere Erfahrungen nutzen, um es anzupassen. Einfacher und verständlicher soll es werden, praxisorientiert und so, dass es auch dort ankommt, wo es gebraucht wird.

Ganz klar ist dabei: Wir wollen auch künftig Integrationsbeauftragte in den Landkreisen, Städten und Gemeinden fördern.

2. Botschaft

Geflüchtete: Auch hier zentrale Rolle der Kommunen – Pakt für Integration.

Meine Damen und Herren,

ganz eng zusammen arbeiten unsere Integrationsbeauftragten auch mit den Integrationsmanagern.

Die Integration von Geflüchteten steht bei den Integrationsmanagern im Mittelpunkt und auch diese Aufgabe müssen wir gemeinsam lösen, in enger Zusammenarbeit aller Akteure.

Bund, Länder und Kommunen – es war dieses Zusammenspiel, mit dem wir es vor etwa drei Jahren geschafft haben, für Tausende von Menschen quasi über Nacht ein Dach über den Kopf zu finden und sie mit Essen und Medizin zu versorgen.

Dieses Zusammenspiel muss auch jetzt, bei der wichtigen Frage der langfristigen Integration dieser Menschen weitergehen.

Welche Antwort wir darauf geben, entscheidet maßgeblich mit, ob wir zusammenhalten oder uns voneinander entfernen.

Ein Paradebeispiel ist hier unser Pakt für Integration. Er zeigt uns, wie das funktionieren kann. Es ist ein Pakt, den wir letztes Jahr gemeinsam mit der kommunalen Familie in Baden-Württemberg geschlossen haben.

Insgesamt 320 Millionen Euro stellen wir mit Unterstützung des Bundes den Kommunen für zwei Jahre zur Verfügung und haben dabei ein gemeinsames Ziel:

Wir wollen, dass aus Geflüchteten Mitbürgerinnen und Mitbürger werden. Wir wollen, dass Geflüchtete hier nicht nur stranden, sondern wirklich ankommen.

Mehr Schulsozialarbeit in Flüchtlingsklassen, mehr Sprachförderung und mehr bürgerschaftliches Engagement: Das alles gehört dazu.

Doch im Mittelpunkt stehen ganz klar unsere Integrationsmanagerinnen und -manager.

1.096 Integrationsmanagerinnen und -manager sind im ganzen Land unterwegs. 1.096 – diese Zahl spricht für sich und ich freue mich, dass es uns gelungen ist, weit mehr Stellen zu schaffen als die 1.000 Stellen, die wir zu Beginn geplant hatten.

Diese Integrationsmanagerinnen und -manager helfen Geflüchteten, sich hier zurechtzufinden, Angebote zu finden, Angebote zu nutzen. Gemeinsam mit ihnen entwickeln sie individuelle Integrationspläne und sorgen auch dafür, dass sie auch mit Einheimischen zusammenkommen, dass beide Seiten Vorurteile abbauen.

Mit unserem Pakt haben wir bundesweit Neuland betreten und die große Nachfrage und auch die zahlreichen Rückmeldungen der Kommunen zeigen uns: Es ist ein großer Erfolg.

Integrationsmanagerinnen und -manager machen ihren Job gut und ergänzen damit auch die beiden Angebote des Bundes, die Migrationsberatung für Erwachsene und die Jugendmigrationsdienste.

Umso mehr brauchen wir jetzt so schnell wie möglich Gewissheit darüber, wie es über 2018 hinaus weitergeht. Ich weiß, dieser Punkt brennt auch Ihnen unter den Nägeln.

Bund und Länder hatten ja 2016 vereinbart, dass der Bund den Ländern 2016 bis 2018 eine Integrationspauschale von 2 Milliarden Euro im Jahr zahlt.

Die Mittel, die nach Baden-Württemberg kamen, flossen auch in den Pakt.

Bund und Länder hatten damals auch vereinbart, dass bis Mitte 2018 unter Berücksichtigung der jeweiligen Lage eine Anschlussregelung vereinbart wird.

Aktuell laufen Gespräche und dabei geht es auch um die Frage, wie viel Geld der Bund geben wird. Es ist also Bewegung in der Sache und ich kann Ihnen versichern: Ich werde die Entwicklungen intensiv beobachten und mich ganz stark für eine Fortsetzung des Paktes einsetzen.

Es wäre schade, wenn Strukturen, die wir mit so viel Arbeit aufgebaut haben, zusammenbrechen. Und es wäre schade, wenn Personal, das seine Erfahrung und sein Wissen mit so viel Engagement in den Job reinsteckt, wieder gehen muss.

Die Integration von Geflüchteten ist nach zwei Jahren nicht abgeschlossen. Die Kommunen dürfen wir keinesfalls alleine lassen.

3. Botschaft

Beschäftigung, Berufsausbildung, Sprachförderung: Lücken müssen wir gemeinsam schließen

Meine Damen und Herren,

Bund, Länder und Kommunen: Auch in Sachen Arbeit und Sprache müssen wir zusammenkommen.

Ausbildung und Arbeit sind der Integrationsmotor schlechthin und ohne die deutsche Sprache geht gar nichts. Beides sind Garanten für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, beides müssen wir unterstützen. Baden-Württemberg steht ganz gut da. Wir haben im Südwesten nach wie vor genügend Arbeit und die Zahl der Arbeitslosen sinkt.

Dennoch: Auch hier ist der demografische Wandel angekommen, auch hier werden wir älter und weniger, auch hier gibt es den Fachkräftemangel.

Wir müssen also alle Potenziale nutzen – nicht nur aus humanitären Gründen und auch nicht aus Mitleid, sondern ganz klar auch aus wirtschaftlichen Gründen.

Unser Credo ist: Wer schafft, sich integriert, die deutsche Sprache lernt und sich nichts zuschulden kommen lässt, der soll auch bei uns bleiben dürfen.

Wir drängen daher auch für geduldete Menschen weiter auf die bundesweite Umsetzung der 3+2-Regelung. Geduldete dürfen damit für die Dauer ihrer qualifizierten Berufsausbildung bleiben. Finden sie danach einen Job, kommen zwei weitere Jahre dazu. Das gibt nicht nur ihnen Sicherheit, auch die Unternehmen können so besser planen. Ich freue mich, dass die Bundesregierung in Sachen 3+2 Regelung Bewegung zeigt.

In ihrem Koalitionsvertrag kündigt sie an, die 3+2-Regelung auch auf staatlich anerkannte Helferausbildungen auszuweiten, wenn danach eine Ausbildung in einem Mangelberuf möglich ist.

Dies gilt für die Kranken- und Altenpflegehilfe. Sie können das Sprungbrett für eine qualifizierte Berufsausbildung sein.

Es war eine Initiative aus Baden-Württemberg auf der Integrationsministerkonferenz letztes Jahr in Friedrichshafen, auf die der Bund hier zurückgreift.

Ich hoffe, dass hier rasch Bewegung kommt.

Die 3+2-Regelung ist zwar gut und richtig, doch sie weist in der Umsetzung noch Schwächen auf.

Viele Geflüchtete brauchen erstmal Unterstützung, um für eine Ausbildung überhaupt fit zu werden. Eine Einstiegsqualifizierung oder andere berufsvorbereitende Maßnahmen können hier helfen.

Doch für diese Maßnahmen haben sie nicht die Sicherheit, dass sie bleiben können. Das darf nicht sein. Mangelnde oder fehlende Kompetenzen dürfen nicht der Grund sein, dass Menschen, die hier was lernen und was leisten wollen, wieder gehen müssen.

Garantie und Rechtssicherheit, darum geht's und das sollte auch für vorbereitende Maßnahmen gelten.

Deutschförderung ist hier ganz wichtig und das unterstützen wir in Baden-Württemberg ganz gezielt. Denn nicht alle, die eine Einstiegsqualifizierung machen, können einen Sprachkurs des Bundes besuchen. Asylbewerber mit unsicherer Bleibeperspektive und Geduldete sind dort nicht zugelassen.

Sozial-, Kultus- und Wirtschaftsministerium, Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, BAMF, Stadt- und Landkreise, Arbeitsagenturen und Jobcenter, berufliche Schulen und Sprachkursanbieter, Betriebe und Kammern:

Wir alle ziehen hier an einem Strang und es ist uns gelungen, unser Deutschförderprogramm so anzupassen, dass in Baden-Württemberg alle jungen Leute, die eine Einstiegsqualifizierung machen, Deutsch lernen können – mit Förderung entweder vom Bund oder vom Land. So dass Integration auch in Sachen Sprache aus einem Guss kommt.

Doch zurück zur Arbeit.

Zu viele Gesetze gibt es und zu kompliziert ist das alles, bei der Zuwanderung von Fachkräften haben wir noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft und auch das Potenzial der Menschen, die hier leben, haben wir noch nicht optimal genutzt.

Ich bin davon überzeugt: Ein Einwanderungsgesetz kann dafür sorgen, mehr Übersicht und Transparenz zu schaffen. Es kann dafür sorgen, Lücken zu schließen und das ganze System übersichtlich zu machen.

Ein transparentes, gut aufeinander abgestimmtes Einwanderungsrecht ist wirklich überfällig und ich hoffe, dass wir hier gemeinsam mit dem Bund eine gute Lösung finden.

Denn was es heißt, wenn Gesetze und Verfahren nicht aufeinander abgestimmt sind, sehen wir zum Beispiel ganz klar bei der Förderlücke.

Da hat ein Geflüchteter genug Deutsch gelernt und kann eine Bäckerlehre beginnen. Aber leider hat er das Pech, dass sein Antrag auch nach 15 Monaten immer noch nicht entschieden ist. Jetzt muss er seine Ausbildung aufgeben, weil er vom Geld der Ausbildung nicht leben kann; und weil er nur dann, wenn er die Lehre hinschmeißt, weiter Asylbewerberleistungen bekommt. Das ist absurd, niemand kann das wollen.

Asylbewerberleistungsgesetz, Bundesausbildungsförderungsgesetz und Sozialgesetzbuch sind nicht ganz aufeinander abgestimmt und das darf nicht sein.

Der Ball liegt jetzt beim Bund. Es war ein Antrag aus Baden-Württemberg, mit dem der Bundesrat den Bund auffordert, die gesetzlichen Regelungen zu ändern.

Wir dürfen gespannt sein.

Vielen Dank.